

Dieser Herbst ist herbstlich. Melancholie herrscht in Deutschland, Ratlosigkeit, so weit man sieht. Vielleicht hätte ein anderer Ausgang der Bundestagswahl den sozialen Gemütszustand ein wenig aufhellen können. So aber hat er sich weiter eingetrübt. Überall sind Sorgen und Ungewissheiten. Im Äußeren: Was geschieht im Irak? Wen trifft der nächste Anschlag islamistischer Terroristen? Macht die bevorstehende Erweiterung der EU Europa fit oder fett?

## Frühlingsgefühle 1998 – Melancholie 2002

Sorgen auch im Innern: Woher sollen neue Arbeitsplätze kommen? Wo findet eine verwirrte Gesellschaft ihren Kompass? Wer stoppt den Rostfraß von Überregulierung und Unterforderung?

Vor vier Jahren war das anders. Im Herbst 1998 regten sich Frühlingsgefühle. Nach sechzehn Jahren Helmut Kohl konnten auch Konservative einem Wechsel etwas abgewinnen. Man war bereit, sich auf Überraschungen einzulassen. Experimente standen hoch im Kurs. Begriffe wie „Neuer Markt“ oder „Wagniskapital“ besaßen einen Sinngehalt, der weit über den Raum des Ökonomischen hinauswies.

So war denn auch die erste Zeit der Schröder-Regierung munter und bewegt. Fehler und Pannen gab es zuhauf; lächelnd wurden sie eingestanden. Die Zeitgenossen fühlten sich gut unterhalten. So fröhlich wie die neue Berliner Republik hatte man das rheinische Bonn nie erlebt. Das Wort von der „Spaß-Republik“

machte die Runde und hatte keineswegs eine nur negative Tönung. Zwar wurde nicht recht klar, wohin die Reise gehen sollte. Was mit dem rot-grünen Projekt gemeint war, wussten auch die neuen Regierenden nicht genau zu sagen. Doch der Armani-Kanzler schaffte es mit links, bürgerliche Befürchtungen zu zerstreuen. Zunächst erlebte das Volk das ominöse rot-grüne Projekt als Lifestyle-Übung. Die Schickeria spendete Beifall.

Der Spaß an der Freude ist den Zockern rasch vergangen. Dem Neuen Markt ist das Grab geschaufelt, ein Hedonisten-Grab. Diejenigen, die nicht spekulierten, sind auch desillusioniert. Sie hatten auf Steuerentlastungen gesetzt und darauf, dass den Neuen etwas Neues einfallen würde gegen die Wirtschaftsflaute. Doch der Aufschwung ist nach zahllosen Ankündigungen, denen nichts folgte, kaum mehr als eine Verheißung. Man hat ihn heruntergestuft zu einer nur noch theoretischen Möglichkeit. Konkret erfahrendes Schicksal ist dagegen ein vier Millionen hoher Sockel von Massenarbeitslosigkeit. Kein Zentimeter konnte davon abgetragen werden, trotz der demografischen Abwärtskurve. Eine wirkliche Steuerentlastung fand nicht statt; die Lohnnebenkosten wurden nicht gesenkt, obgleich die Regierung hier äußerst fantasievoll zu Werke ging: Die Ökosteuer-einnahmen als Hosenträger für den abgezehrten Korpus der Rentenversicherung – einen tolleren Einfall gab es nie.

Trotzdem hat Rot-Grün es am 22. September noch einmal geschafft. Zwar zeig-

ten die Wählerinnen und Wähler Schröder die gelbe Karte (so der niedersächsische Ministerpräsident Gabriel), sie gaben ihm aber – mit hauchdünnem Vorsprung – eine zweite Chance.

Es wird die letzte sein. Das wissen auch die Spitzenkoalitionäre. Mit einem auffällig geringen Maß an Begeisterung haben sie sich an die Arbeit gemacht. Hieß es 1998 noch, man müsse nicht viel anders machen als die abgelöste Regierung Kohl, nur besser, steht man nach vier Jahren in Eigenverantwortung vor der Erkenntnis, dass es nicht mehr so weitergeht. Eine Woche nach dem Wahltag schrieb der *Spiegel* unter der Überschrift „Die Stunde der Wahrheit“: „Was die Opposition in ihren frechsten Reden nicht zu behaupten wagte, stellt sich als neue Realität vor: Die Staatsschuld steigt, der laufende Haushalt fällt in sich zusammen – und der fürs kommende Jahr ist schon heute als Phantasiegebilde enttarnt.“

Die Frage, warum Schröder am Ende einer wild hin und her zuckenden Auszählungsnacht schließlich die Nase vorn hatte, ist nicht leicht zu beantworten. Selten hat man die professionellen Deuter des Zeitgeschehens so ratlos gesehen, die Prognostiker so fehlbar. Die Wahlnacht als Achterbahn der Gefühle war der passende Abschluss einer Legislaturperiode, in der nichts beständiger war als Wechsel und Zufall. Betrachten wir zunächst die Lage der Union nach dem Regierungswechsel.

### Klaglose Opposition und Hexensabbat des Spendenskandals

Vermutlich tat es den Christdemokraten und Christlich-Sozialen nicht gut, dass die rot-grüne Bundesregierung, kaum dass sie im Amt war, heftig zu trudeln begann. Man selbst bot ein Bild der Eintracht. Der Übergang in die Opposition verlief sehr glatt, fast schwerelos. Da wurde nicht getrauert und wenig gegrübelt. Unausgesprochen verständigte man

sich darauf, die Wählerinnen und Wähler hätten einfach das Bedürfnis nach neuen Gesichtern gehabt, und war nicht undankbar, nach sechzehn erschöpfenden Regierungsjahren etwas Ruhe zu finden. Dank dieser lebenspraktischen Einstellung ersparte man sich quälenden Streit. Gärungen, die einer neuen Kraftanstrengung notwendig vorausgehen, fanden nicht statt.

So ließ sich die Nach-Kohl-Ära an wie eine Kohl-Ära ohne Kohl. Wohl nahm man sich vor, den Fehler von 1969 nicht zu wiederholen und sich als Regierung im Wartestand zu verstehen. Vielmehr richtete man sich klaglos und entschlossen auf mindestens vier Jahre Opposition ein. Es hätten vier fruchtbare Oppositionsjahre werden können. Doch Unvorhergesehenes beendete den Aufbau eines neuen Ideenvorrats, noch ehe er richtig begonnen hatte. Zunächst spielte die Regierung nicht mit. Es wackelte bedenklich im Gebälk der Koalition; bei Landtags- und Kommunalwahlen wurde Rot-Grün abgestraft, und ganz ungewollt keimte im Lager von CDU und CSU der Eindruck auf, die Regierung Schröder/Fischer könnte ein knappes Transitorium sein und man selbst würde schon bald wieder gebraucht.

Dann brach wie ein Hexensabbat der Spendenskandal über die Union herein. Hatte es vorher nach dem Geschmack mancher zu viel Kontinuität, zu wenig Reibung gegeben, wurde jetzt das Unterste zuoberst gekehrt. Das Denkmal Kohl wurde gestürzt; bald stürzte auch Wolfgang Schäuble, der Nachfolger. Alle Säulen wankten, nirgendwo gab es mehr ein Halten. Die große CDU schien ins Bodenlose zu fallen.

Ein besonnener Blick zurück aus heutiger Sicht mildert nicht das Urteil, das diejenigen trifft, die in voller Absicht gegen das Parteiengesetz verstießen. Aber klarer, als es in jenem Annus horribilis 2000, als der Skandal auf seinem Höhepunkt

wütete, möglich war, enthüllt die Retrospektive den steilen Manichäismus und die teilweise grotesken Übertreibungen, die damals in den Medien anzutreffen waren und erst recht die Propaganda von Rot-Grün prägten. Man erinnert sich des „Systems Kohl“, das da plötzlich und unerwartet auftauchte und sofort in der Phraseologie der Talkshows heimisch wurde. Die Vorspiegelung eines solchen obskuren „Systems“ erlaubte es, individuelle Verfehlungen zu generalisieren, sie gewissermaßen als Eiterfluss eines kranken Körpers zu betrachten und dadurch die CDU moralisch zu enthaupten. Letztlich scheiterte die Operation am gesunden Menschenverstand der Bevölkerung, dem nicht einleuchten wollte, dass eine Partei ganz exklusiv vom Teufel besessen sei, die restlichen aber engelsgleich nur Gutes im Schilde führten. Der Kölner SPD-Skandal, die Bonusmeilen-Affäre und andere hässliche Vorkommnisse bestätigten diese Skepsis und entlarvten die Entrüstung der rot-grünen Ankläger als bigott. Insgesamt gesehen war die Wahlperiode 1998 bis 2002 eine, die das Ansehen von Parteien und Politikern enorm beschädigte.

Aus den Verwirbelungen des Spendenskandals ging Angela Merkel als neue Parteichefin und Siegerin hervor. Dass statt ihrer Edmund Stoiber Kanzlerkandidat von Christdemokraten und Christlich-Sozialen wurde, mag man heute als Fehlentscheidung ansehen. Doch sind solche nachgereichten Überlegungen müßig. Unbestreitbar erschien in den Wochen der Entscheidung der bayerische Ministerpräsident als der geeignetere Herausforderer des Bundeskanzlers. Angela Merkel fehlte die Unterstützung wichtiger „Landesfürsten“ der CDU, und die Parteibasis, die vor dem Essener Parteitag die Generalsekretärin in einem beispiellosen, beinahe revolutionären Willensakt auf den Schild gehoben hatte, war angesichts einer wenig eindrucksvollen

Oppositionsarbeit reichlich desillusioniert.

Edmund Stoiber wurde nach der Entscheidung in der „K-Frage“ von CDU und CSU loyal getragen, wenn auch vielleicht nicht immer mit dem letzten Enthusiasmus. Angela Merkel, die Unterlegene, ließ zu keiner Sekunde Zweifel an ihrer rückhaltlosen Unterstützung aufkommen. Hier zeigte sich tatsächlich eine Parallele zum Gang der Dinge im so genannten Strauß-Wahlkampf von 1980. Helmut Kohls nach außen hin rückhaltloser Einsatz für den Kanzlerkandidaten Franz Josef Strauß wurde ihm seinerzeit allseitig gedankt und sicherte ihm nach dem Scheitern der Strauß-Kandidatur eine unangreifbare Position als Nummer eins der Union.

### „Ruhige Hand“-Politik und handwerkliche Pannen

Wer auf die letzten zwölf Monate vor dem Wahltag zurückblickt, muss immer noch darüber staunen, wie rasch und vollständig die rot-grüne Koalition ihren gewaltigen Vorsprung verspielen konnte. Die entscheidende Ursache ist wohl darin zu sehen, dass die Regierung zu einem sehr frühen Zeitpunkt ganz einfach zu regieren aufhörte. Das begann schon, bevor im Januar die „ruhige Hand“ ins Gerede kam. Ein Anzeichen war die Marschroute, die Schröder der neuen Gesundheitsministerin Ulla Schmidt auf den Weg gab. Ungeachtet der deutlich erkennbaren Schwierigkeiten bei der Krankenversicherung sollte sie die Probleme schlicht aussitzen. Eine Reforminitiative war nicht erwünscht, mochten die Kassen auch Alarm läuten.

Trotzdem hätte Schröders Konzept aufgehen, die Regierung hätte komfortabel auf die Zielgerade einbiegen können. Aber plötzlich passte nichts mehr zusammen. Schwere handwerkliche Pannen passierten, so bei den 73 Militär-Airbussen, deren Bestellung man einem interna-

tionalen Konsortium zugesagt hatte, ohne für eine ausreichende Sicherung im Haushalt zu sorgen. Verteidigungsminister Scharping, der schon vorher durch Badefotos für peinliches Aufsehen gesorgt hatte, erschien abermals in schlechtem Licht. Der Verbotsantrag gegen die NPD wurde durch schlechte Vorbereitung gefährdet. Die Gewerkschaften, allen voran die IG Metall, verschärften die Tarifpolitik ohne Rücksicht auf die schleppende Konjunktur und die Interessen des Kanzlers. Die Hiobsbotschaften häuften sich. Brüssel drohte Berlin einen „Blauen Brief“ an. Das kratzte am Renommee des angesehenen, aber ideenlosen Bundesfinanzministers.

Im März wurde der Kölner SPD-Spendenskandal aufgedeckt. Weite Teile der Kölner SPD sahen sich belastet. Korruptionsverdacht wurde laut. In Sachsen-Anhalt fuhr die SPD eine deftige Niederlage ein und musste die Regierung an die CDU abgeben. Ihr bildungspolitisches Debakel erlebte die SPD wenig später. Die PISA-Studie der UNESCO offenbarte, dass Kinder in langjährig sozialdemokratisch regierten Bundesländern gegenüber Gleichaltrigen in anderen Bundesländern deutlich benachteiligt sind. Von Monat zu Monat schlechter werdende Arbeitsmarktdaten verdüsterten den Himmel über der rot-grünen Regierungskoalition vollends.

Ganz anders die Opposition. Die Freien Demokraten, um mit ihnen zu beginnen, barsten geradezu vor Selbstgewissheit. In den Monaten christdemokratischer Depression hatten sie bemerkenswerte Erfolge erzielt, und für die Führungsspitze stand außer Frage, dass die Erfolgsleiter zu einem fabelhaften Abschneiden bei der Bundestagswahl führen würde. Die Parole „Achtzehn Prozent“ und die Nominierung Guido Westerwelles zum Kanzlerkandidaten verliehen einem schier grenzenlosen Optimismus Ausdruck. Vom Nahziel, die Grünen an Mandaten zu überholen, war

kaum noch die Rede. Die Realisten mochten darauf hinweisen, dass der Zugewinn an Wählerschaft hauptsächlich dem Tief der CDU zu verdanken war. Aber in der Phase der Euphorie fanden sie kein Gehör.

## **Stoiber – Merkel: Ein eingeübtes Tandem ohne Fortune**

CDU und CSU waren mit Beginn des Wahlkampfes fern von der hohen Gefühlslage des liberalen Wunschpartners. Doch ganz allmählich begann man sich wieder etwas zuzutrauen. Regierung und Opposition verhalten sich in aller Regel zueinander nach dem System kommunizieren der Röhren, und da die Rahmenbedingungen für Schröder und Fischer merklich schlechter wurden, besserten sich die Erfolgsaussichten für die Opposition. Eine wesentliche Rolle spielte der Stoiber-Faktor. Der bayerische Ministerpräsident würde sich niemals in eine hoffnungslose Partie stürzen, das glaubte man zu wissen. Die Tatsache seines Antretens signalisierte daher: Wir können es schaffen. Also fassten die Mutlosen wieder Mut.

Gebannt verfolgten die Strategen von SPD und Grünen das langsame Ansteigen der Sympathiekurve für die Union. Die Ratlosigkeit wuchs, als der Gegenkandidat die erwarteten Angriffsflächen nicht bieten wollte. Sehr spät merkte man in der „Kampa“, dass es ein Fehler war, den Stoiber-Wahlkampf 2002 als Reprise des Strauß-Wahlkampfes von 1980 zu begreifen. Es ließ sich weder eine „Die-Republik-in-Not-Stimmung“ erzeugen, noch zeigte das Bündnis von CDU und CSU die vorhergesagten Haarrisse. Und der Versuch, des Bayern Sieg über Angela Merkel als machistischen Triumph zu denunzieren, misslang schon deshalb, weil Frau Merkel und Stoiber mit der Gleichförmigkeit eines eingeübten Tandems redeten und handelten.

Stoiber und Merkel gaben den Takt an für die Landesfürsten. Nirgendwo gab es

Misstöne; die wahlkämpfenden Unionsparteien machten den Eindruck einer glänzend motivierten und perfekt eingestellten Mannschaft. Das Stoiber-Kompetenzteam war ein guter dramaturgischer Einfall. Die vielstufige Präsentation garantierte eine beständige mediale Aufmerksamkeit. Das Team selbst, mochte es auch nicht in allen Positionen gleichermaßen beeindrucken, stach positiv von der rot-grünen Regierungsmannschaft ab, in der Schröder, Fischer und mit Abstrichen Eichel ein Dutzend trauriger Kabinettsgehaltnisse mitschleppen mussten. Anfang August war sich alle Welt einig: Gegen die Bundesregierung hatte sich ein stabiles Meinungsklima gebildet; der Union wurde ein gutes Abschneiden vorhergesagt. Dass CDU und CSU im nächsten Bundestag die stärkste Fraktion bilden würden, galt als ausgemacht.

Die Kampagne der Union war effektiv, letztlich aber nicht gut genug. Das wissen wir mit der Kenntnis derer, die aus dem Rathaus kommen. Das Beraterteam, in dem der Boulevard-Journalist Spreng die erste Geige spielte, überzeugte Stoiber davon, dass er sein Profil absenken müsse, um möglichst wenig Angriffsfläche zu bieten. Der Herausforderer hielt sich an diese Regieanweisung. Daraus erwuchs der Gegenseite ein Problem, das bis dahin immer das Hauptproblem der Union gewesen war: Ein ubiquitärer Kanzler, der zur Mitte strebte und so frei war, jede Position zu besetzen und notfalls auch das Gegenteil, war für die restliche Zeit der Legislatur für die oppositionellen Angriffe ein schwer zu treffendes Ziel. Im Wahlkampf kopierte Stoiber Schröders Taktik: Er wich aus, rundete Kanten, räumte Brückenköpfe. Kurz gesagt, Stoiber trat auf als vollkommener Zauberlehrling.

Diese Einstellung brachte den bayerischen Ministerpräsidenten an die Schwelle des Kanzleramts. Sie hatte aber ihren Preis. Der politische Gegenentwurf

zu Rot-Grün wurde nicht deutlich genug. Statt Schröders dürftige Regierungsbilanz zu nutzen und auf breiter Fläche mit den besseren Sachpositionen aufzutrupfen, trieb die Union die Entpolitisierung des Wahlkampfs voran. Damit spielte man dem Kanzler, der an einem sachpolitischen Wettstreit begreiflicherweise nicht interessiert war und allein auf seine bessere mediale Wirkung vertraute, in die Hände.

## Das unverhoffte Glück Schröders

In der Schlussphase des Wahlkampfes schlug dieser Fehler in fataler Weise durch. Schröder machte sich das unverhoffte „Glück“ der Hochwasserkatastrophe zu Nutze. Katastrophenzeiten begünstigen gemeinhin die Handlungsbevollmächtigten, also die Regierung. Dann kamen die beiden so genannten Fernsehduelle. Es gelang dem Kanzler zwar nicht in der erwarteten Weise, den Herausforderer aus dem Ring zu boxen. Doch suggerierten diese dramatisch öffentlichkeitswirksamen „Events“, dass es letztlich um die Person gehe. Das war Schröder hochwillkommen. Er hatte schon zu einem frühen Zeitpunkt die Parole „Er oder ich“ ausgegeben.

Den letzten Streich führte der Kanzler unter Ausnutzung der Irak-Krise. Der Mutwille, mit dem Schröder Deutschlands Beziehungen zu seinem wichtigsten Bündnispartner in eine Zerreißprobe führte, wird auch in späterer Zeit als beispiellos angesehen werden. Doch gelang es ihm mit seiner auf die Ängste der Bevölkerung gezielten Kampagne, sich vor allem in den jungen Bundesländern die entscheidenden Vorteile zu sichern.

Schröders „Krieg-in-Sicht“-Kampagne arbeitete bewusst nicht auf einer kognitiven Ebene. Bei näherem Hinsehen hätte jeder merken müssen, dass der Kanzler Antworten auf Fragen gab („Keine deutschen Soldaten für einen Präventivkrieg“), die gar nicht gestellt waren. Ge-



fühle sollten mobilisiert, Stimmungen beeinflusst werden, ohne Rücksicht auf die Folgen.

Nun sollte man die Vergangenheit nicht idealisieren. Wahlkämpfe zeigen die Demokratie niemals von ihrer besten Seite. Mit ihrer Oberflächlichkeit und Grobschlächtigkeit sind sie gewissermaßen der Klumpfuß am schönen Körper der demokratischen Staatsform. Doch auch wer sich darauf einlässt, dass Wahlkampfzeiten nicht die Stunde der Aufklärung sind, musste erschrocken sein angesichts des Grades der Entpolitisierung, den der Wahlkampf 2002 erreichte.

### Entpolitisierung des Wahlkampfes

Der weitgehende Verzicht auf einen Abgleich der Konzepte, auf einen Wettbewerb der Argumente machte den Platz frei für anderes, zumeist für Belanglosigkeiten. Nur noch dunkel erinnert man sich der Schlagzeilen, die in den letzten Wochen durch die Gazetten huschten, um dann schattenhaft wieder zu verschwinden. Hunzinger, Bonusmeilen, Scharping, Özdemir, Gysi, Möllemann und so weiter. After-Themen, die es in politischer Hinsicht allesamt waren, spielten sie die Platzhalter für die großen Fragen, die die Bevölkerung vorrangig beschäftigten: Arbeitslosigkeit, Einwanderung, Misere des Gesundheitssystems, Bildungskrise.

Verantwortlich für die Entpolitisierung waren beide Lager: die Regierung, die nicht anders konnte, die Union, weil sie nicht anders wollte. Sie ließ viele Chancen ungenutzt. Beispiel Bildungspolitik: Welch höhere Einsicht dazu führte, die PISA-Studie als Nachweis einer gescheiterten Bildungsreform herauszustellen – schließlich vertrat der Spitzenkandidat ja das Land mit den besten (oder den am wenigsten schlechten) Ergebnissen –, bleibt bis heute rätselhaft. Überhaupt fiel auf, wie wenig Freiheit sich die Mitglieder des Kompetenzteams

nahmen (oder ihnen zugebilligt wurde). Die im Kern Erfolg versprechende Teamidee verblasste, je länger der Wahlkampf dauerte. Auch auf diese Weise erschwerte man eine sachpolitische Auseinandersetzung. Als die Union wenige Tage vor dem 22. September ihrem Standpunkt in der Einwanderungsfrage noch einmal Geltung zu verschaffen versuchte, war es zu spät.

Die Entpolitisierung beförderte nicht bloß Randthemen ins Zentrum, sie leistete auch der seit langem beobachteten Medialisierung des Wahlkampfes Vorschub. Die wachsende Bedeutung, die den Medien im politischen Geschäft zukommt, ist gewiss kein neues Phänomen. Die Leipziger Parteitagsinszenierung der SPD von 1998 markierte hier den bisherigen Höhepunkt. Im Wahlkampf 2002 überboten die beiden TV-Duelle alles Dagewesene. So konnte der Vorspann-Moderator des zweiten Duells im öffentlich-rechtlichen Fernsehen mit Blick auf das erste Aufeinandertreffen, das im Privatfernsehen stattgefunden hatte, äußern: „Vor zwei Wochen war Halbfinale; bei uns sehen Sie das Finale.“ Vielleicht sollte man eine solche Self-Promotion nicht überbewerten. Doch ist keineswegs undenkbar, dass in diesem Augenblick viele der aufgeladenen Zuschauer allen Ernstes glaubten, zum Schluss der Sendung werde der Bundeswahlleiter in Gestalt des TED erscheinen und das Wahlergebnis bekannt geben.

Übrigens: Die Fernsehduelle werden zur ständigen Einrichtung und damit zum Einzigen werden, was in diesem ansonsten deprimierenden Wahlkampf erfunden wurde und von ihm übrig bleibt. Zweifellos wird sich kein künftiger Kanzler erlauben können, einer „Duell-Forderung“ aus dem Weg zu gehen. Die FDP und nicht zuletzt die Grünen, die in dieser Wahlauseinandersetzung plötzlich den Segen einer erfolgreichen Personalisierung der Politik erfuhren und ohne

Scham und Reue genossen, werden das bedauern, aber nicht ändern können.

## Die Bilanz der Bundestagswahl

Zwei Tage nach der Bundestagswahl zog Kurt Kister im Leitartikel der *Süddeutschen Zeitung* Bilanz:

„Joschka Fischer und die Grünen haben für die Bundesregierung die Wahl gewonnen, die FDP hat sie für die Opposition verloren. Edmund Stoiber hat sich achtbar geschlagen, aber das drittschlechteste Unions-Ergebnis bei einer Bundestagswahl erzielt. Gerhard Schröder hat die Verluste seiner Partei in so engen Grenzen gehalten, dass er dank der wunderbaren Erstarkung seines kleinen Koalitionspartners weiter regieren kann.“

In dem Leitartikel, der mit dem ominösen Wortspiel „Gerd Kohl und Joschka Kissinger“ überschrieben ist, äußerte sich der Verfasser zu mittelfristigen Auswirkungen des Wahlergebnisses auf SPD und Grüne. Die SPD sei endgültig zur Schröder-Partei Deutschlands geworden. Schröder werde sich auch im Habitus seinem Vorgänger Helmut Kohl anpassen: „Wie Kohl hat er eine Wahl gewonnen, die fast alle Medien lange für ihn schon verloren glaubten. Wie Kohl kann er seinen Erfolg zu einem entscheidenden Teil auf seine Person zurückführen. Dazu kommt, dass sein Kompagnon Fischer schon längst auf den Schwingen des Albatros über seiner Umgebung schwebt, über der horizontblinden Journaille und den Niederungen des Lebens. Fischers Maßstäbe der Selbstreferenz sind Gustav Stresemann oder Henry Kissinger. Mag gut sein, dass wir die nächsten vier Jahre von Gerhard Kohl und Joschka Kissinger regiert werden.“

Man wird dieser Beobachtung kaum widersprechen können. Es ist tatsächlich eine gute Pointe, dass mit Sozialdemokraten und Grünen zwei Parteien sich dem Personenkult geöffnet haben, die nach Tradition und Herkunft immer Pro-

grammparteien sein wollten. Gänzlich überraschend kommt diese Erkenntnis nicht: Beide Regierungsfraktionen, Sozialdemokraten und Grüne, zeichneten sich in den letzten vier Jahren durch eine staunenswerte Botmäßigkeit aus. Getreulich wirkten sie als Mehrheitsbeschaffer, klaglos folgten sie den vielen Wendungen der Regierung. Die Kröten, die Schröder den grünen Basisdemokraten zumutete, sind nicht zu zählen. Sie schluckten sie alle.

## Das politische Geschäft wird schwieriger

Doch nun ändert sich die Ausgangsposition. Auch für frühere Regierungsbündnisse galt: Je älter sie wurden, desto freudloser wurde das Geschäft. Nun gehen die Geschäfte an sich schlecht. Kaum dass der Wahlabend vorüber war, rückten die Koalitionäre mit Wahrheiten heraus, die sie den Wählerinnen und Wählern bis dahin vorenthalten hatten. Die Kassen sind leer, der Verteilungsspielraum ist äußerst gering. Auf mittlere Sicht gibt es wenig bis nichts, womit man die eigene Klientel bedienen könnte. Das drückt aufs Gemüt und fördert Anfälle von Gereiztheit und Unduldsamkeit.

Hinzu kommt, dass die Grünen als eigentliche Gewinner des 22. September höhere Ansprüche stellen werden. Sie haben Selbstbewusstsein getankt; Schröder ist auf sie angewiesen. Die Möglichkeit, während der laufenden Legislaturperiode den Partner zu wechseln, besteht nicht mehr. Für Rot und Gelb gibt es keine Mehrheit. Die Beißzange FDP, mit der der Kanzler in den letzten Jahren die Grünen immer wieder quälte, steht nicht mehr zur Verfügung.

Die Frage ist, in welcher Weise die Grünen ihren größer gewordenen Freiraum nutzen wollen. Reformenergie und Innovationskraft sind, wenn überhaupt, in der Koalition nur von ihnen zu erwarten. Warum das so ist, liegt auf der Hand: Im Unterschied zur SPD sind die Grünen

nicht so eng verwoben mit den Gewerkschaften. Die Gewerkschaften aber sind in einer Zeit, die nach Flexibilisierung und Entbürokratisierung verlangt und in der das klassische Flächendenken der organisierten Arbeiterbewegung nur noch antiquiert wirkt, zum Hemmschuh geworden.

Das bekommt vor allem die SPD zu spüren. Die Zahl der Konflikte mit den Gewerkschaften wird zunehmen. Dafür sorgt die Lage von Wirtschaft und Fiskus ganz allein. Einschnitte in Leistungsgesetze sind unvermeidlich. Die SPD-Fraktion wird in jedem Einzelfall dafür gewonnen werden müssen. Hier hat der Kanzler Vorsorge getroffen. Der verordnete Stellungswechsel für Franz Müntefering macht deutlich, dass Schröder von der Fraktion unbedingte Gefolgschaft erwartet. Auf intellektuellen Glanz an der Spitze der Fraktion legt er keinen Wert.

Und die Union? Was man von ihr erwarten muss, ist zunächst einmal eine effektive Oppositionsarbeit. In der vergangenen Legislaturperiode konnte Schröder über weite Strecken praktisch ohne parlamentarische Opposition regieren. Der Spendenskandal lähmte die Union. Jetzt haben CDU und CSU alle Möglichkeiten, im positiven Sinne von sich reden zu machen. So, wie die Regierung in der Klemme steckt, gab es niemals bessere Zeiten für eine kraftvolle, selbstbewusste Opposition.

Für eine Neubestimmung der politischen Koordinaten besteht keine Veranlassung. Die statischen Teile der Unionsprogrammatik sind tragfähig. Dennoch wird sich die Union nicht darauf beschränken dürfen, die Regierung mit Kritik zu verfolgen. Sie muss ihr eigenes Angebot überzeugender darstellen. Das ist eine Lektion des jetzt zu Ende gehenden Jahres. Es reicht nicht, Meister der Augenblicksstimmung zu sein. Dauerhaft oben schwimmt nur der, dem es gelingt, Bindungen über Ideen herzustellen und

mit Konzepten zu überzeugen. Themenführerschaft ist das Panier, dem man folgen muss.

An Anknüpfungspunkten mangelt es nicht. Sie bieten sich nicht nur in der Arbeitsmarktpolitik. Bildungspolitik gehört an die Spitze der Agenda, spätestens seit PISA. Ein anderes Vorrangthema ist die Familienpolitik. Um sich daran zu erinnern, dass es einmal CDU und CSU waren, die in der Familienpolitik die Maßstäbe setzten, braucht man ein Langzeitgedächtnis. Die Migrationspolitik ist ein weiteres Aufgabenfeld. Wie kein anderes ist es verstellt durch Denkverbote. Sie aufzubrechen und deutlich zu machen, dass Einwanderung eine soziale Herausforderung ist, ist eine Erwartung, die sich vor allem an die Union richtet.

Bildung, Familie, Migration: Es ist nicht schwer zu begreifen, dass es sich hier um drei Seiten eines großen Zukunftsthemas handelt. Den Zusammenhang deutlich zu machen, Lösungskonzepte zu vernetzen und sie in einen begrifflichen Kontext zu bringen könnte der Stoff eines Erfolg versprechenden christdemokratischen Projekts für die nächsten vier Jahre sein.

Sind die Liberalen dafür der richtige Bündnispartner? Die FDP hat für eine Weile noch genug mit sich selbst zu tun. Dabei geht es nicht nur um klare Führungsstrukturen. Auch ohne den Hecken schützen Möllemann boten die Liberalen im Wahlkampf keinen imposanten Anblick. Der Weg von Walter Scheels „Hoch auf dem gelben Wagen“ zu Westerwelles „Guidomobil“ war ein stark abschüssiger.

Bestraft wurden die Freien Demokraten am Wahltag auch dafür, dass sie entgegen dem, was ihre Anhänger erwarteten und für richtig hielten, eine Koalitionsaussage zu Gunsten von CDU und CSU verweigerten. Die Pose der umworbenen Braut wirkte vor allem in der Schlussphase der Kampagne, als Schröder das Bündnis mit Joschka Fischer zur



Herzensangelegenheit erklärte, reichlich grotesk. Immerhin kann die Union daraus lernen, dass es nicht ratsam ist, für immer und alle Zeiten auf die FDP zu bauen. Schwarz-Grün mag zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch eine sehr spekulative Vorstellung sein; Angela Merkel wird die Anhängerschaft behutsam mit der Einsicht vertraut machen müssen, dass die Union strategisch eine zweite Option benötigt. An programmatischen Berührungspunkten fehlt es nicht, wie sich etwa in der bioethischen Debatte gezeigt hat.

### Suche nach Sündenböcken

Auch außenpolitisch sind die Grünen aus christdemokratischer Sicht kein Schreckgespenst mehr. In der Irak-Frage war es der Kanzler, der hemmungslos antiamerikanische Ressentiments instrumentalisierte. Fischers Auswärtiges Amt bewahrte die Contenance, wissend, dass man nach dem Wahltag die Scherben würde zusammenkehren müssen. Auch in der Europapolitik wird Fischer der Libero sein, wenn es dem Kanzler wieder einmal in den Sinn kommt, die populistische Karte zu spielen. Es ist eine Tragödie, dass ausgerechnet in der kritischen Phase vor der Osterweiterung an der Spitze der großen europäischen Staaten nur mittelmäßige Politiker stehen, die jederzeit bereit sind, mit plumpen Attacken auf „Brüssel“ von innenpolitischen Unzulänglichkeiten abzulenken. Herta und Paul Amirian lag mit ihrem unglücklichen Vergleich im Prinzip ja gar nicht falsch: Wer zu Hause nicht Ordnung halten kann, sucht Sündenböcke in der Nachbarschaft. Diese Verhaltensweise hat Tradition. Der deutsche Bundeskanzler ist in dieser Hinsicht ein zuverlässiger Traditionalist.

So wichtig der langfristige Aufbau einer schwarz-grünen Option für die Union ist, Priorität muss die Stärkung der eigenen Attraktivität besitzen. Die Wahlanalyse offenbart, wo die Schwachstellen liegen: Schwächen hat die Union im Norden, in den Großstädten, bei den Frauen. Hier muss Angela Merkel ansetzen. Mit der zusätzlichen Übernahme des Spitzenamtes der Bundestagsfraktionsführung hat die CDU-Vorsitzende unterstrichen, dass sie sich die Führung der Union nicht ein zweites Mal abjagen lassen will.

### Teamgeist stärken

Angela Merkels Machtwille überrascht niemanden. Allerdings wird sie in Zukunft beweisen müssen, dass sie auch eine Teamspielerin ist. Ihren Anspruch auf die Kanzlerkandidatur konnte sie deshalb nicht durchsetzen, weil im entscheidenden Moment die Unterstützung wichtiger Gefolgsleute wegbrach. Daraus wird sie gelernt haben. Stilbildend kann der Umgang mit Friedrich Merz sein. Dass Merz seine Position als Oppositionsführer im Bundestag ohne Umschweife räumte, war vielleicht eine Geste der Loyalität. In jedem Fall war es ein Akt der Klugheit. Es klingt paradox: Durch sein Beiseitretreten hat sich der kluge Analytiker und scharfzüngige Redner einen Anspruch auf höhere Weihen geschaffen.

Was im Wahlkampf nicht wirklich gelang, nämlich die Präsentation einer überzeugenden Mannschaft, ist eine notwendige Voraussetzung für den Erfolg Angela Merkels. Das Abschneiden der Union am 22. September war für die Union nur dann respektabel, wenn berücksichtigt wird, aus welchen Tiefen man kam. Die Wegstrecke bis zur Rückeroberung der Macht ist noch lang.